Das Jüdische Echo

Bayerische Blätter für die jüdischen Angelegenheiten

Erscheinungszeit: Jeden Freitag. Bezug: Durch die Postanstalten oder den Verlag. — Bezugspreis: Viertelj. M. 1.—, Halbj. M. 2.—, Ganzj. M. 4.—, Einzelnummer 10 Pf. — Verlag des „Jüdischen Echo": München, Herzog Maxstr. 4. — Redaktion: Helene Hanna Cohn.



Anzeigen: Die viergespaltene Nonpareille-Zeile oder deren Raum 40 Pf. — Bei Wiederholungen Rabatt. — Anzeigenannahme: Verlag des „Jüdischen Echo", München, Herzog Maxstraße 4. Fernsprecher: 53099. Postscheckkonto: München 3987.

ANZEIGEN-ANNAHME: MÜNCHEN, HERZOG MAXSTRASSE 4

Nummer 33 | **München / 5. Jahrgang** | **16. August 1918**

1918 — Wochenkalender — 5678

	August	Ellul	Bemerkung
Sonntag	18	10	
Montag	19	11	
Dienstag	20	12	
Mittwoch	21	13	
Donnerstag	22	14	
Freitag	23	15	
Samstag	24	16	



Strom und Froschteich.

Wir leben in einer Zeit der Entscheidungen. Im Leben der Menschheit, der einzelnen Völker und der Individuen vollziehen sich über Nacht Entwicklungen, zu denen früher Jahre oder Jahrzehnte nötig gewesen wären. In den trägsten Froschteich menschlicher Gesellschaftskreise ist Leben gekommen und hat auch die widerstrebenden Elemente zu einer erhöhten Wirksamkeit gezwungen.

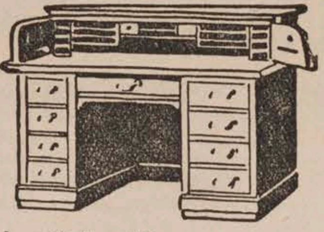
Jahrzehntelang, jahrhundertelang war das Judentum ein stagnierender Teich, dessen Oberfläche höchstens dann bewegt wurde, wenn äußere Schicksale in der Form von Verfolgungen sich auf ihn stürzten, der aber fast niemals durch Quellen, die aus seinem eigenen Grunde aufschossen, seine Gestalt veränderte. Und nun ist plötzlich an allen Ecken und Enden ein jüdischer Wille erwacht, Quellen jüdischen Lebens springen in die Höhe, und der Teich wird zum See und schlägt Wogen. Es fragt sich nun, ob die aufgestörten Wasser auseinanderlaufen und zu neuen, einzelnen Froschteichen erstarren oder ob sie sich zu einem ununterbrochenen frischen Lebensstrom vereinigen werden, der das Judentum durchströmen und ihm seine einstige Kraft zurückgeben soll.

Aus den Ereignissen der allerjüngsten Zeit, die auf das erhöhte Wirken des jüdischen Willens hinweisen, seien einige herausgegriffen:

In Rußland vereinigen sich 39 Großgemeinden zu einer Konferenz, auf der die Gründung eines russisch-jüdischen Gemeindebundes beschlossen wird. Es erscheint wohl am Platze, angesichts dieser Tatsache auf die Stimmen hinzuweisen, die sich in den unvergeßlichen Frühlingstagen erhoben, in denen Rußland den Juden die Freiheit gab. Damals waren kleine Gruppen westjüdischer Skeptiker überzeugt, das befreite Judentum würde dem Beispiel des westlichen Judentums nach der Emanzipation folgen und sich so schnell wie möglich an das Russentum verlieren; ihnen schien die Haltung einiger jüdischer Führer der Revolution Recht zu geben. Andere aber, die mehr von der Treue und Tiefe der russischen Seele wußten, wurden erfüllt von der freudigen Zuversicht, daß das russische Judentum sich nun zu einer starken nationalen Gesamtheit vereinigen werde. Bei dem Chaos, das heute im russischen Reiche herrscht, ist es schwer, sich ein Bild von der Entwicklung zu machen, die das Judentum seit seiner Befreiung genommen hat. Aber die Nachricht von dem Zusammenschluß der Gemeinden, an dessen Vollendung die verschiedensten jüdischen Parteien mitgewirkt haben, legt Zeugnis ab, daß der Wille zur völkischen Einheit stark und lebendig ist und wir eines Tages einer jüdischen Volkseinheit in Rußland gegenüberstehen werden, von der Großes für das Gesamtjudentum zu erwarten ist. —

Als ein weiteres gewaltiges Manifest des jüdischen Volkswillens steht vor uns der Palästina-Kongreß der jüdischen Arbeiterschaft in Amerika. Diese Massen, die jederzeit in Gefahr standen, sich an den Amerikanismus oder an das Phantom eines Internationalismus zu verlieren, schließen sich zusammen in dem Willen zu einer gesonderten jüdischen Nationaleinheit, in dem Willen, dieser Einheit in Palästina einen Kern- und Kristallisationspunkt der Volkskräfte zu geben. Sie, denen häufig die Gemeinschaft mit dem Proletariat aller Länder über jeder Volksgemeinschaft zu stehen schien, stellen nun ihren Glauben an die sozialistische Gesellschaftsform, ihr Streben nach dieser in den Dienst des jüdischen Volksgedankens. Sie, die oft geneigt waren, die Brücke zum jüdischen „Bourgeois“ oder „Kapitalisten“ abzubrechen, sprechen nun den Wunsch nach einem allweltlichen jüdischen Kongreß aus. „Ich bin sicher“, sagt der Vorsitzende Wolinski, „daß unsere jüdischen Arbeiter es wieder lernen werden, den Boden zu bestellen, Bahnen und Brücken zu bauen“. In diesem Bekenntnis der Arbeiterschaft zum jüdischen Volke, in diesem Wunsch nach der Volksheimat und diesem Gelöbnis zu ihrer Erringung liegt eine ungeheuere Verheißung für das Judentum.

Als dritte Erscheinung, die bereits die beglückende Frucht des wiedererwachten Volkswillens darstellt, sei hier die Legung des Grundsteines zu der jüdischen Universität in Jerusalem genannt. Sie bedeutet mehr als einen Beweis der Opferfreudigkeit und inneren Übereinstimmung weiter jüdischer Kreise: sie bedeutet, daß die neue Zusammenfassung der Juden wiederum nicht eine Tat des politischen Machtwillens oder einer ökonomischen Erwägung, sondern eine Tat des Geistes, eine kulturelle und letzten Endes religiöse Tat ist. Nicht irgendein rein politisches Gebilde soll in Palästina geschaffen werden, sondern eines, dessen äußerstes Ziel die Wiedererweckung der alten Sprache und des alten Geistes ist — jenes eminent religionsschöpferischen Geistes, dem die Welt so viel verdankt und noch vieles weitere verdan-



ken soll. Daß, während andre Kolonisationsbestrebungen mit Brücken-, Wege- oder Festungsbauten beginnen, am Anfang der unsren die Grundsteinlegung der hebräischen Universität steht, ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung.

Ob auch die Tagung der Agudas-Jisroel-Jugendvereine (vergl. den Bericht über die Würzburger Tagung von H. F. in dieser Nummer) als Äußerung des jüdischen Willens zu deuten ist? Man könnte versucht sein, es zu glauben. Jahrzehntelang hat die Orthodoxie ruhig mitangesehen, wie ihre Reihen sich von Tag zu Tag lichteten, wie ihre Jugend dem Judentum verloren ging, und hat keinen Finger gerührt, um sie zurückzuhalten. Nun, da der ganze Teich in Wallung geraten ist, hat sich der Lebenswille auch jenem Teil, in dem die Orthodoxie lebt, mitgeteilt. Auch sie beginnt, sich zu regen. Aber wie? indem sie eine hohe Scheidewand zwischen sich selbst und dem übrigen Judentum errichtet, indem sie das Häuflein, das ihr geblieben ist, von der Gemeinschaft mit allen Nichtorthodoxen zurückruft und ihrer Jugend ängstlich verwehrt, sich mit jenen zu gemeinsamem Streben und gemeinsamem Schaffen für das Gesamtjudentum zu verbünden. Daß sie hierzu Mittel wählt, die sie jenen andren abgelauscht hat, ist nicht ganz gleichgültig — es beweist, daß die ganze Bewegung nicht lebenskräftig genug ist, sich ihre eigenen Formen zu schaffen. Aber das ist nebensächlich im Vergleich zu der Tatsache, daß die deutsche Orthodoxie es für gut findet, sich in einen Schmollwinkel vom Werk der Erneuerung zurückzuziehen. Mit welcher Hoffnung? etwa der, die riesengroßen Teile des Judentums, die sich der Orthodoxie endgültig entfremdet haben, zurückzugewinnen? das wäre ein unerklärlicher Optimismus. Also nur um der Absonderung selbst willen! nur um bei dem ungeheuren Werk des jüdischen Zusammenschlusses, das heute getan wird, abseits zu stehen und sich der Absonderung zu freuen! Nur damit, wenn der Teich zum See aufschwillt und alle Elemente des Judentums — auch die Orthodoxie andrer Länder — sich in frischer, jugendlicher Tatenlust vereinigen, irgendwo ein kleiner Sondertümpel, ein winziger, bewegungsloser aber selbständiger Froschteich steht, der den Namen „die deutsche Orthodoxie" führt.

Und gerade die deutsche Orthodoxie könnte bei der Wiedererrichtung der alt-neuen jüdischen Volksgemeinschaft so Großes leisten.

Es ist schade um die Menschen! —

Der erste Bundestag der A.J.J.O. in Würzburg.

Den angestrengten Bemühungen des geschäftsführenden Ausschusses der Agudas Jisroel Jugendorganisation war es Ende Juli gelungen, die Erlaubnis zur Abhaltung eines Bundestages in Würzburg, wenn auch nur für drei Tage, zu erhalten. Zum ersten Male sollten sich hier alle Gruppen treffen, ihre Erfahrungen austauschen, Vorschläge machen, Anträge stellen und, was die Hauptsache war, einander kennen lernen, um in enge, dauernde, freundschaftliche Beziehungen zu einander zu treten.

Die Tagung dauerte vom 28. VII. bis 2. VIII. Aber schon lange zuvor galt es ausgedehnte organisatorische Arbeit zu leisten: Für Quartier und Verpflegung für eine sehr große Anzahl von Leuten mußte gesorgt werden. Dem Begrüßungsabend ging Montag Vormittag bereits eine Vorstandssitzung, Nachmittag eine Sitzung aller Mädchengruppen voraus. Fräulein Ehrentreu-München sprach darin über die Aufgaben der Mädchen-Gruppen. Sie zeigte an Beispielen ihrer Münchner Gruppe die speziellen Aufgaben der Mädchen in der A.J.J.O. Sie verlangte von der Agudojugend Verstärkung des sozialen und nationalen Bewußtseins und Verantwortlichkeitsgefühls. Fräulein Caro-Berlin referierte sodann über das Zusammenarbeiten der Mädchen- und Jugendgruppen. In der anschließenden Debatte wurde neben dem Lernen auch soziale, unter bestimmten Umständen auch profane Arbeit gewünscht.

Um halb 9 Uhr abends begann die offizielle Begrüßung. Der große Huttensche Theatersaal war angefüllt von 600 festlich gekleideten, vorwiegend jungen Leuten. Zuerst sprach Rabbiner Dr. Bamberger für die Gemeinde Würzburg und gab seiner besonderen Befriedigung Ausdruck, daß gerade in dieser Stadt die erste Agudotagung stattfinden durfte. Seine Rede endete mit einem Hoch auf den König von Bayern und auf den deutschen Kaiser. Der Reihe nach folgten sodann die anderen Redner des Abends, die Herren Dr. Lange für den Organisationsvorstand, Rosenheim-Frankfurt für das provisorische Komitee, Rabbiner Dr. Auerbach-Halberstadt für den Gruppenverband, Dr. Cohn-Straßburg als Vertreter der gesetzestreuen jüdischen Feldsoldaten; es sprachen einige Herren für die Würzburger Gruppen und für die V.J.A. Als letzter und 11. Redner sprach Dr. Carlebach-Warschau für die polnischen Jugendvereine, die sich der Agudo alle anschließen wollen und denen die deutschen Jugendgruppen ihre Hand zu gemeinsamer Arbeit und gemeinsamem Kampfe reichen sollen. Seine überaus begeisternden Ausführungen gipfelten in dem von allen mit nicht enden wollenden Beifallsstürmen aufgenommenen Ruf: „Zurück zur Thauro!"

Dienstag vormittags hielten die Herren Dr. Segall und Dr. I. Kahn-Berlin Referate über die Notwendigkeit und das Wesen thoratreuer Jugendorganisationen und über die Jugendorganisationen nach dem Kriege. Nachmittags sprach Herr Simonsohn-Berlin über Esra, die der Agudo anzuschließenden, neu zu gründenden Wandergruppen, analog dem Blau-Weiß. Lebhafte Diskussionen über die drei Referate schlossen sich an. Bemerkenswert waren die Ausführungen des Herrn Rosenheim mit der Aufforderung zu nationaler Arbeit im Osten und in Palästina unter dem Banner der Agudo und des Armeerabbiners Dr. Carlebach, die jüdischen Volks- und Mittelschulen, Lehrer- und Rabbinerseminare zu verbessern um so Bne Thauro heranzuziehen. Abends war ein gemütliches Beisammensein.

Mittwoch vormittags sprach zuerst Armeerabbiner Dr. Cohn über den Agudogedanken bei unseren Kriegern. Er gab eine Fülle von Anregungen, unter anderem wünschte er die Schaffung einer Agudo-Feldbibliothek. Dann sprach der verdienstvolle Mitführer der Agudo Jugendorganisation Max Cohen-Cöln über unsere Stellung innerhalb der jüdischen Jugendbewegung in Deutschland.

Er erklärte, daß die Agudo nationale Arbeit neben dem Lernen wünsche gemäß ihrer Auffassung des Judentums als Gesetzesnation, daß sie aber nicht mit dem Zionismus in nationalen Fragen zusammengehen könne, da dessen Ansicht über Nationalismus und „der Glaube sei Privatsache des Einzelnen" sich mit den Anschauungen der Agudo nicht in Einklang bringen lasse. Er sprach gegen eine Arbeitsgemeinschaft sowohl mit den

liberalen und neutralen Jugendbünden, deren Tätigkeit er als eine große Gefahr für die gesetzestreue Judenheit hinstellte, als auch mit den zionistischen Jugendvereinen, da die Wege der Agudo auch bei gleichen Zielen stets andere wären. Allerdings ließe sich in bestimmten, beispielsweise sozialen Fällen ein Zusammen- oder In-die-Händearbeiten ermöglichen. Er verlangte in der Agudo ausschließlich Innen- und keine Massenpropaganda; nur in ganz wenigen Fällen versprach er sich von Außenpropaganda Erfolg. Nach seiner persönlichen Anschauung könnten Zionisten zwar Mitglieder, nicht aber Vorstände in den Jugendgruppen werden, um eine zionistische Beeinflussung und Propagandatätigkeit zu verhindern. — Besonders über diesen Punkt entwickelte sich eine lebhafte Aussprache. Man beschloß nach mehrstündiger Debatte über diesen Punkt, vorläufig nicht prinzipiell, sondern von Fall zu Fall vorzugehen, bis der „Rat der Chachomim" diese Frage endgültig nach dem Gesetz entscheiden wird. Allseitiger Beifall, auch von Seiten der zionistischen Opposition, zeigte das allgemeine Einverständnis mit dieser Lösung — Abends war gemütlicher Kommers des Bundes jüdischer Akademiker (B.J.A.) mit Bierreden, Kneipe und Liedern.

Donnerstag war der Delegiertentag. Zuerst erstattet Herr Dir. Dr. Lange-Frankfurt den Tätigkeitsbericht, dann hielt Dr. Eugen Fränkel-München ein Referat über soziale Fragen, besonders im Osten, ganz in reinem Loschen hakaudesch. Daran schloß sich eine rege Aussprache über die sehr zahlreichen eingelaufenen Anträge an. Besonders warm wurde eine Verbesserung der „Blätter" gewünscht. Über die Zionisten-, Propaganda-, Esra-, Geld-, Abzeichen-, Marken und Büchereifrage wurde vormittags und abends ausführlich beraten. Nachmittags hielt der B.J.A. seine Kriegstagung ab, bei der er beschloß, sich der Aguda eng an-, nicht aber sich mit ihr zusammenzuschließen. Um Mitternacht schloß die erste Tagung der A.J.J.O. Überaus begeistert und befriedigt gingen alle von dannen, freudig bereit, ihre ganze Arbeitskraft in den Dienst der Agudo zu stellen, um zur Stärkung und Festigung des gesamten gesetzestreuen Judentums und damit zur Ehrung der Thauro beizutragen. H. F.

Palästina.

Handelsinformations-Bureaus. Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet:

Die hebräische Armee-Zeitung der englischen Okkupations-Behörden in Palästina „Chadaschoth meha'arez" veröffentlicht unter dem 13. Juni folgende Mitteilung der Militärverwaltung:

„Um mit dem allgemeinen Progreß, der sich im Okkupationsgebiet von Palästina bereits bemerkbar macht, Hand in Hand zu gehen, hat die militärische Verwaltung beschlossen, in Jaffa und Jerusalem Handels-Informations-Bureaus einzurichten mit dem Zweck, Handel, Industrie und Landwirtschaft in Palästina zu stärken. Die Bureaus werden die Aufgabe haben, die Bestrebungen nach dieser Richtung hin zu erleichtern, Auskünfte und Ratschläge zu erteilen, durch welche Mittel und Wege die kommerzielle und industrielle Annäherung mit Ägypten und Europa durchzuführen ist.

Der Import von Waren ist vorläufig noch mit gewissen Schwierigkeiten verbunden, aber es sind Bemühungen im Gange diese Fragen zu lösen. Jedermann, der ein Interesse für die Zukunft des Landes hat, wird anempfohlen, sich jetzt schon mit diesem Informations-Bureau in Verbindung zu setzen".

In der nächsten Zukunft werden in Cairo und Alexandrien Palästina-Ausstellungen arrangiert werden. Es wird erwartet, daß die jüdischen Kolonien Muster ihrer Produkte zur Ausstellung schicken werden.

Das Palästina-Amt in Jerusalem. Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet:

Der Beschluß, die Leitung der Filiale des Palästina-Amtes dem bekannten tätigen Schriftsteller Markus Kahan anzuvertrauen, hat die Zustimmung der zionistischen Palästina-Kommission gefunden. Herr Kahan ist bereits in Jerusalem eingetroffen und hat sein Amt übernommen.

Grundsteinlegung der hebräischen Universität. Dem Kopenhagener Zionistischen Bureau wird aus London telegraphiert:

In feierlicher Weise hat die Grundsteinlegung für die hebräische Universität am Scopusberg in Jerusalem stattgefunden. Eine größere Anzahl englischer, französischer und italienischer Militärs mit General Allenby an der Spitze nahmen an der Feierlichkeit teil. Sämtliche jüdischen Organisationen von Judäa waren vertreten. Die ägyptischen Juden entsandten zur Feierlichkeit eine Sondermission.

Aus Galiläa und Samaria. Das Kopenhagener Zionistische Bureau erhält folgende lakonische Nachricht über die Lage der jüdischen Bevölkerung in Galiläa und Samaria:

„Die Not ist furchtbar. Insbesondere hat sich die Lage in Saphed und Tiberias nicht gebessert. Die Epidemien haben nicht nachgelassen. In den letz

ten vier Wochen sind in Tiberias wiederum 22 von den aus Jaffa evakuierten Juden gestorben. Hilfe ist dringend notwendig."

Das Stadt-Komitee (Waad Ha'ir) in Jerusalem. Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet: Der nach der Okkupation Jerusalems in der Stadt gewählte Waad Ha'ir entwickelt eine lebhafte Tätigkeit, die sich namentlich im Verkehr mit den englischen Behörden dokumentiert. Fast täglich entstehen eine Reihe von Fragen, die für die jüdische Bevölkerung ein Interesse haben und die mit den Befehlen der Militärmacht in Verbindung stehen.

Eine große Zahl von Juden sind mit Weg- und Chaussee-Arbeiten beschäftigt. Die jüdischen Arbeiter sind zu besonderen Gruppen organisiert, die unter der Aufsicht von Juden stehen. Der Waad-Ha'ir hat gemeinsam mit den Militärbehörden die Arbeiten derart organisiert, daß die Juden am Sabbath von der Arbeit befreit sind. Auch in den Entlohnungsfragen werden die Beschlüsse gemeinsam mit dem Waad Ha'ir gefaßt. Die Sabbatfrage hat auch in einer anderen Frage die Intervention des Waad notwendig gemacht. Der Eisenbahn-Verkehr Jerusalem—Ägypten ist für die Zivilbevölkerung nur für einen Tag in der Woche freigegeben, der aus militärischen Gründen auf den Samstag festgesetzt werden mußte. Durch die Bemühungen des Waad ist es gelungen, die Erlaubnis für diejenigen Juden, die am Samstag nicht reisen, zu erwirken, an einem Wochentage, nämlich Dienstag, diese Eisenbahn benutzen zu dürfen.

Gegenwärtig steht der Waad in Verhandlungen mit den Militärbehörden betreffs des Verbotes des Verkaufes von Wein und Alkohol, wodurch zahlreiche jüdische Familien, die durch den Weinhandel und die Weinindustrie ihren Lebensunterhalt verdienen, in Mitleidenschaft gezogen wurden. In einem öffentlichen Bericht des Herrn Hoofien ist erklärt worden, daß der Waad den Behörden Vorschläge unterbreitet hat, die sowohl die Absichten der Militärbehörden, wie die Interessen der Beteiligten berücksichtigen. Die Militärbehörden haben ihre Bereitwilligkeit erklärt, die Vorschläge wohlwollend zu prüfen.

Die englische Militärverwaltung hat im Okkupationsgebiet von Palästina eine neue Zivilgerichtsbarkeit eingesetzt, wobei bekanntlich der Zionist, Major Norman Bentvich zum obersten Appellations-Prokurator ernannt wurde. Die englischen Militärbehörden beabsichtigen bei der Regelung der Rechts-Fragen der jüdischen Bevölkerung die unter den Juden herrschenden traditionellen Gesetze (wie z. B. in Erb- und Testamentsfragen) zu berücksichtigen. Zu diesem Zweck hat die militärische Justizverwaltung mit dem Vize-Vorsitzenden des Waad Ha'ir, Herrn Mejuchas, mehrere Besprechungen abgehalten. Eine energische Tätigkeit entwickelt der Waad Ha'ir zwecks Hebung der sozialen und sittlichen Zustände gewisser jüdischer Kreise, die infolge der traurigen sozialen Verhältnisse der letzten Jahre in eine verzweifelte Not geraten sind. Der Waad hat mehreren lokalen Hilfs-Organisationen, wie dem Frauen-Verein und dem Ärzte-Verein die Möglichkeit gegeben, auf diesem Gebiete hilfreich einzugreifen. Der Waad ist hauptsächlich bestrebt, den betreffenden Elementen durch Beschaffung von Arbeit zu Hilfe zu kommen.

Österreich.

Ausschreitungen in Jaroslau. Die „Jüdische Rundschau" erhielt den folgenden, ursprünglich für die „Jüdische Zeitung" bestimmten Bericht über jüngst stattgehabte antisemitische Vorgänge in Jaroslau:

„Die allgemeinen Approvisionierungsschwierigkeiten waren die Ursache von Ausschreitungen und Krawallen, die am 19. Juni l. J. den ganzen Tag andauerten. Für uns ist es von Wichtigkeit, daß jede solche Hungersnotdemonstration mit einer antijüdischen Hetze verbunden ist. Am 18. Juni hat eine Frauendeputation wegen andauerndem Brotmangel vorgesprochen. Die von der Besprechung zurückkehrenden Weiber riefen laut in die Straßen, „Schuld an allem sind die Juden!" Am nächsten Tage waren die jüdischen Verkaufsbuden das Angriffsziel der enttäuschten und wütenden Menge. Jüdische Geschäfte wurden überfallen. Öfen in jüdischen Bäckereien demontiert — wenn auch in den christlichen viel eher das Brot zu finden gewesen wäre. Die Militärpolizei und die städtischen Sicherheitsorgane waren beschauliche Zeugen der wilden Szenen und man sah einzelne Funktionäre und Personen von Stand (auch solche, die ein Lehramt ausüben!) Winke und Weisungen geben, wo jüdisches Eigentum zu rauben und zu plündern ist. Die jüdische Jugend und einige beherzte Bürger organisierten eine Selbstwehr, die zusammen mit der auf Befehl des Stationskommandanten einschreitenden Militärbereitschaft den Ausschreitungen ein Ende setzte. Die jüdische Bürgerschaft, die hier sonst ein höchst philisterhaftes Leben führt und sehr schwer aufzurütteln ist, wollte mit sich zu Rate gehen, wie solche Hetzen abzuwehren sind. Auf die Initiative des Herrn Dr. Buchheim, des Präsidenten des zionistischen Lokalkomitees, wurde eine Bürgerversammlung auf Grund des § 2 in die große Synagoge einberufen; sie wurde aus ganz kleinlichen, formalen Gründen von der Behörde aufgelöst."

Da dieser Bericht von der österreichischen Zensurbehörde beschlagnahmt wurde, richtete der Abg. Dr. Straucher eine Interpellation an das Abgeordnetenhaus, in der darauf hingewiesen wird, daß die Veröffentlichung eines solchen Berichtes durch die Behörden leicht im Publikum so aufgefaßt werden kann, als ob diese das Vorgehen der Exzedenten gutgeheißen, umsomehr als in andren Blättern Artikel, die den Judenhaß anstacheln, ungehindert erscheinen dürfen.

Tisza und Wekerle über den Antisemitismus. Bei der Verhandlung des Militärversorgungsgesetzes brachten mehrere Abgeordnete auch die Stellung des Judentums im Weltkriege zur Sprache, was sowohl den Führer der Mehrheitspartei, Grafen Tisza, als auch den Ministerpräsidenten Wekerle veranlaßte, sich in dieser Frage zu äußern. Graf Tisza erklärte, er halte jede wie immer geartete Zuspitzung dieser Frage für verfehlt, der Antisemitismus sei ungerechtfertigt, weil Handlungen Einzelner nicht nach der Konfession oder Rasse beurteilt werden dürften. In seinem Regiment hätten im Vorjahre zwei jüdische bis zur Tollkühnheit tapfere brave Offiziere gedient, die die glänzendsten Eigenschaften des ungarischen Soldaten repräsentierten. Der Honvedminister Baron Szurmay, der bekanntlich an der Verteidigung der Karpathen hervorragenden Anteil hatte, rief dazwischen: „Auch unter meinem Kommando haben sich zahlreiche jüdische Offiziere und Soldaten glänzend bewährt." Graf Tisza bezeichnete es als im höchsten Maße ungerecht, wegen des Verhaltens einzelner über alle jüdischen Mitbürger den Stab zu brechen. Das Übel liege in Ungarn darin, daß die Beschäftigungs-

zweige, bei denen in Verbindung mit dem Kriege Mißbräuche am meisten vorkämen, zum größten Teil in jüdischen Händen seien. Die Mißbräuche würden daher zum großen Teile von Juden verübt. Man stehe der Gefahr gegenüber, daß die berechtigte Entrüstung und Verbitterung über diese Handlungen einen konfessionellen Charakter annehmen könne. Man müsse das Volk aufklären, darin nicht konfessionelle oder Rassensymptome zu erblicken. An dieser Arbeit müsse das Judentum werktätigen Anteil nehmen und die Verfolgung einzelner Strafhandlungen dürfe im Judentum nicht der Auffassung begegnen, als ob sie einen antisemitischen Charakter trüge. Mißbräuche müßten schärfer geahndet werden, denn es seien illusorische Maßnahmen, wenn man reiche Budapester Kaufleute wegen Preistreiberei zu 50 oder 100 Kronen Geldstrafe verurteile. Auch bei den Enthebungen und der Einteilung der Soldaten in den Marschkompagnien müßten die Verkehrtheiten aufhören. Unter Mithilfe der Juden werde es sodann gelingen, der Gefahr des Antisemitismus zu begegnen.

Ministerpräsident Wekerle schloß sich den Darlegungen Tiszas an und betonte, die Regierung sei bestrebt, auf die öffentliche Meinung den entsprechenden Einfluß auszuüben, damit diese wegen Handlungen Einzelner nicht Konfessionen verantwortlich mache. Auf die Verschärfung der Strafen könne die Regierung wohl keinen unmittelbaren Einfluß ausüben, allein die Verwaltungsbehörden seien angewiesen worden, die größte Strenge zu entfalten. Bedauerlicherweise müsse der Redner feststellen, daß einzelne Behörden gerade aus konfessionellen Gesichtspunkten heraus allzuweit gegangen seien und sich zu Schritten hinreißen ließen, die in einem Rechtsstaate nicht geduldet werden dürften. Die Zustände in Galizien ermöglichten die Rückbeförderung der geflüchteten Bevölkerung, doch werde die Regierung dabei keine Übergriffe dulden. Es würden aber außerordentliche Maßnahmen getroffen werden, um die durch die Galizier in Ungarn erzielten Gewinne besonders zu besteuern.

Rußland.

Konferenz der jüdischen Gemeinden in Moskau. Dem Kopenhagener Zionistischen Bureau wird aus Petersburg berichtet:

Eine Konferenz der jüdischen Gemeinden hat in Moskau vom 30. Juni bis 5. Juli getagt. Es waren vertreten 39 große Gemeinden, die 133 Delegierte entsandt hatten. 53 Delegierte gehörten der zionistischen Fraktion an. Die Orthodoxen (Achduth) waren durch 20 Delegierte, der Bund durch 16, Poale Zion durch 9, Unparteiische durch 13 Delegierte vertreten. Die Konferenz beschloß die Gründung eines jüdischen Gemeindebundes in Rußland.

Die verdächtige „Alliance Israélite universelle". Die Durchsuchung der russischen Regierungsarchive durch die Revolutionäre hat ein interessantes Dokument zutage gefördert, nämlich ein Geheimdokument, das Graf Lamsdorf, der 1906 russischer Minister des Äußeren war, dem Zaren einige Wochen nach der Veröffentlichung des Oktobermanifestes, das Rußland die Duma gab, unterbreitet hat. In diesem Memorandum bezeichnet Graf Lamsdorf die Alliance Israélite Universelle „jene notorische international-jüdische Vereinigung, die 1860 gegründet wurde, ihren Hauptsitz in Paris hat, enorme Mittel, eine große Zahl von Beamten und Mitgliedern und eine Menge Organe in der Form von Freimaurerlogen aller Arten besitzt", als den Herd der revolutionären Bewegung. Diese Beschuldigung wird mit den phantastischsten Mitteln bewiesen und Lucien Wolff als eine Art von anarchistichem Agenten bezeichnet. Gleichzeitig werden Mittel zur Unschädlichmachung dieses Feindes empfohlen. Der Minister schlägt nämlich ein Bünd-

nis mit Deutschland und dem Vatikan vor, um die „antimonarchische und antichristliche Bewegung auszurotten". Deutschland, betont er, habe ein besonderes Interesse daran, in diesem Punkte mit Rußland zusammenzugehen, weil angeblich das Judentum die deutsche Monarchie zu untergraben strebe, und weil Deutschland der erste Staat nach Rußland sein werde, der sich gegen die Übergriffe der revolutionären Parteien zu schützen haben werde. Das Bündnis mit dem Vatikan erscheine deshalb aussichtsvoll, weil das Judentum mit seiner freien Geistesrichtung der Feind des Katholizimus sein müsse, besonders auf dem Gebiete der Politik, auf welche die Juden Einfluß zu gewinnen strebten.

Dieses in vieler Hinsicht interessante und zu mancherlei Betrachtungen anregende Dokument sollte natürlich eine Begründung und Entschuldigung für die Verschärfung der antijüdischen Maßregeln bilden und wurde vom Zaren, trotz seiner damaligen anscheinend liberalen Anwandlung gebilligt. Ein handschriftlicher Vermerk des Zaren auf dem Schriftstück enthält die Worte: „Sofort in Verhandlungen eintreten". Dieser russische Versuch, ausgerechnet die Alliance Israélite als Hort der Revolution hinzustellen, ist so humoristisch, daß sogar die deutschen Antisemiten es ablehnen dürften, aus dem Memorandum des Grafen Lamsdorf Kapital zu schlagen.

Litauen.

Eine Erklärung über die Judenfrage. Wie die „Neuen Jüdischen Monatshefte" in ihrer Nummer vom 10. Juli 1918 (Nr. 19) mitteilen, hat der Herr Reichskommissar für die Ostseegebiete und Litauen, Erzellenz von Falkenhausen, am 6. d. Mts. die Herren Dr. Adolf Friedemann und Prof. Dr. Moritz Sobernheim vom „Komitee für den Osten" empfangen und ihnen folgendes erklärt:

„Wir verkennen nicht die große Wichtigkeit des Ostjudenproblems.

Grundsätzlich überläßt die Kaiserliche Regierung dem soeben anerkannten litauischen Staate die endgültige Regelung seiner inneren Verhältnisse. Das schließt indessen nicht aus, daß sie beim inneren Ausbau gemäß den Wünschen des Landesrates mitwirkt und ihren Einfluß für die Erfüllung der berechtigten Wünsche des Judentums einsetzt, wie sie dies übrigens auch bisher getan hat. In dem Litauen größeren Umfanges, das voraussichtlich bei der endgültigen Regelung der Verhältnisse im Osten entstehen wird, muß allen nationalen Minoritäten ihr Recht auf bürgerliche Gleichberechtigung, freie Religionsübung und Pflege ihrer Eigenart und Überlieferung voll bewahrt werden.

Deshalb soll auch der jüdischen Nationalität das Recht auf selbständige Ordnung ihrer kulturellen Angelegenheiten, also eine weitgehende kulturelle Autonomie, zustehen, und sie kann darüber hinaus auf Zugeständnisse, z. B. auf dem Gebiete der Selbstbesteuerung für ihre eigenen Angelegenheiten rechnen. Die Regierung verfolgt die nach dieser Richtung hin geäußerten Wünsche mit ihrer vollen Sympathie. Sie teilt auch die auf berufliche Umschichtung der Juden Litauens gerichteten Wünsche und ist bereit, die auf landwirtschaftliche Betätigung gerichteten Bestrebungen nachdrücklich zu fördern.

Der Herr Reichskommissar wies dann noch darauf hin, daß schon die gegenwärtige Verwaltung Litauens ihr Wohlwollen für die jüdische Bevölkerung durch zahlreiche Maßnahmen erwiesen, sogleich bei Beginn ihrer Tätigkeit die volle Gleichberechtigung mit der übrigen Bevölkerung verkündet und alle einschränkenden Bestimmungen der russischen Judengesetzgebung außer Kraft gesetzt habe. Ein besonderes Referat für jüdische Angelegenheiten sei errichtet und auf dem Gebiete der Schule der jüdischen Eigenart nach Möglichkeit Rechnung getragen worden. Der Arbeiterfürsorge und den Wohlfahrtsbestrebungen der jüdischen Komitees werde volles Interesse zugewendet.

Der Herr Reichskommissär gab zum Schlusse seiner Hoffnung Ausdruck, daß es bei gegenseitigem Entgegenkommen aller litauischen Nationalitäten bald gelingen werde, die durch den Krieg geschlagenen Wunden zu heilen und das an Hilfsquellen reiche Land einer freundlichen Zukunft entgegenzuführen."

Rumänien.

Die Gleichberechtigung der rumänischen Juden. Nachdem das Gesetz über die Naturalisierung der Juden bereits in voriger Woche vom rumänischen Senate angenommen worden ist, gelangte es letzten Samstag auch in der Kammer zur Abstimmung. 86 Abgeordnete stimmten dafür, 13 dagegen, während einer sich der Abstimmung enthielt. Das Gesetz, das „Gesetz über Einbürgerung der im Lande geborenen Fremden" betitelt ist, schließt sich im wesentlichen den Bestimmungen des Bukarester Friedensvertrages an, zieht aber den Rahmen der einzubürgernden Personen zum Teil weiter.

Aus Jassy wird gemeldet, daß die Parlamentstagung über den 3. August hin verlängert wird. In der Kammersitzung vom 31. Juli griff der Abgeordnete Cuza in einer mehrstündigen Rede die Judenvorlage an. Ihm entgegnete Marghiloman u. a. folgendes: „Die Bevölkerung braucht nichts zu fürchten. Selbst wenn alle 300 000 Juden des Landes die Rechte erhalten würden, wäre das noch keine Gefahr für Rumänien. Durch das Gesetz werden aber nicht alle Juden zu Bürgern gemacht. Es wurde gesagt, den Juden sollen die Rechte verweigert werden, weil sie keine militärischen Fähigkeiten besitzen. Welche Anforderung können wir aber an eine Rasse stellen, die durch so lange Verfolgung geschwächt wurde! Die konservative Partei ist konsequent. In einer Besprechung, die unser Ausschuß gleich nach der Besetzung Bukarests hatte, haben wir alle Probleme der neuen Lage besprochen und beschlossen, die Agrar- und Wahlreform, sowie die Regelung der jüdischen Frage durchzuführen. In einer Sitzung vom 11. oder 13. Juni 1917 hat die damalige liberale Regierung sich verpflichtet, die Judenfrage zu lösen. Desgleichen hat der König seinerzeit die Lösung dieser Frage versprochen. Mit ihr waren sämtliche Staatsmänner, ob liberal, ob konservativ, immer schon beschäftigt. Es wird gesagt, wir wären hierzu von den Mittelmächten gezwungen worden. Ich erkläre hiermit, daß die Entente uns in dieser Beziehung viel schwerere Bedingungen gestellt hat. Das vorliegende Gesetz ist keine Vergewaltigung, sondern aus einem günstigen Ausgleich mit den Mittelmächten hervorgegangen. Das vorliegende Gesetz ist auch keineswegs ein Schutzgesetz für die Juden gegenüber den Rumänen. Indem Sie es annehmen, erfüllen Sie eine gute Tat dem Lande gegenüber." (Langanhaltender Beifall.) Auch Minister Arion trat für die Vorlage ein. Nach der Debatte wurden sämtliche Artikel der Vorlage unverändert angenommen.

Amerika.

Amerikanische Zionistenkonferenz in Pittsburgh. Zur diesjährigen amerikanischen zionistischen Konferenz in Pittsburgh waren mehr als 1000 Delegierte aus allen Teilen der Vereinigten Staaten erwartet worden. Die Konferenz war auf wenigstens eine Woche berechnet. Im Mittelpunkt der Beratungen steht die Diskussion über die grundlegenden Prinzipien für den Wiederaufbau Palästinas. Diese Prinzipien umfassen die legalen, ökonomischen und kulturellen Funktionen des neuen jüdischen Gemeinwesens, dessen Grundsteine zurzeit von der zionistischen Kommission gelegt werden.

Einen wichtigen Punkt der Beratungen bildet im Hinblick darauf, daß im jüdischen Palästina Klassenkonflikte und Landspekulationen so weit wie möglich ausgeschaltet werden sollen, die Frage des Landerwerbs in Palästina.

Zur Verhandlung gelangen ferner die Fragen der hebräischen Universität in Jerusalem und der Entsendung eines Ingenieurkorps nach Palästina.

Laut einem Bericht an das Kopenhagener Zionistische Bureau wurde die Konferenz am Sonntag, den 23. Juni, eröffnet. Zu Ehren der Konferenz fand bereits am Morgen ein grandioser Straßenumzug statt. Alle jüdischen Organisationen, die jüdische Schuljugend und Arbeiterschaft beteiligten sich am Umzug. Mehr als 15 000 Juden marschierten durch die Straßen Pittsburghs, begleitet von Orchestern. Drei Stunden lang dauerte die Demonstration. Zehntausende von Menschen füllten die Straßen, um das ungewöhnliche jüdische Stadtbild anzusehen. Sämtliche jüdische, wie auch zahlreiche nichtjüdische Häuser trugen Flaggenschmuck. Der Zug marschierte zur Memorial Hall, wo die Konferenzsitzungen abgehalten wurden. Nur etwa dreitausend Menschen konnten Zutritt zum Saal erhalten.

Zur Eröffnungssitzung erschienen 637 Delegierte. Mit einer feierlichen Ansprache eröffnete der Präsident der zionistischen Föderation, Dr. Harry Friedenwald, die Konferenz. Der Redner würdigte die englische Palästinadeklaration und erklärte, daß die amerikanischen Zionisten, ebenso wie die Zionisten aller Länder, die volle Verantwortung fühlten, die die neu geschaffene Lage dem jüdischen Volke auferlege. Die gegenwärtige Tagung habe die Aufgabe, Mittel ausfindig zu machen, um der zionistischen Organisation die Möglichkeit zu verschaffen, den neuen Aufgaben gerecht zu werden.

Nach der Rede Friedenwalds begann die Verlesung der eingegangenen Begrüßungen.

Namens der Stadt Pittsburgh hieß der Bürgermeister Babcock die Delegierten und Gäste willkommen und sprach sich in warmen Worten über das jüdische Volk aus.

Die Mitglieder des P. E. C. empfingen eine beßarabische Delegation, bestehend aus den Herren A. L. Lubarski, P. Schweizer, Mrs. Schweizer, Joseph Gros, Salomon Feinmann und J. L. Brilas. Die Delegation machte das P. E. C. auf die schreckliche Lage, in der sich die 300 000 beßarabischen Juden durch die Annexion Beßarabiens befinden, aufmerksam. Im Namen des P. E. C. gab Dr. Stephen Wise der Delegation die Versicherung, daß alle Schritte für eine Intervention nach dieser Richtung unternommen werden. Dem Empfange wohnte auch Justice D. Brandeis bei, der auf der Konferenz Gegenstand stürmischer Ovationen war.

Die nächste Sitzung war ausschließlich Organisationsfragen gewidmet. Nach sehr langen und zum Teil stürmischen Debatten ist der Beschluß gefaßt worden, sämtliche zionistischen Vereine in den Vereinigten Staaten in eine gemeinsame Organisation zu vereinigen unter Aufhebung der bis jetzt bestehenden Zentralkomitees einzelner Verbände. Sämtliche zionistischen Vereine sollen nunmehr dem Zentralkomitee der American Zionist Federation unterstehen.

Hierauf schritt der Vorsitzende zur Verlesung der Botschaft des Vorsitzenden der zionistischen Palästinakommission, Dr. Ch. Weizmann. Die Verlesung der Botschaft Weizmanns wurde durch stürmische Beifallskundgebungen unterbrochen und rief zum Schluß stürmische Ovationen hervor.

Gleichzeitig überwies die Konferenz an Dr. Chaim Weizmann telegraphisch 50 000 Dollar. In der Abendsitzung hielt Prof. Dr. David Werner-Amram von der Pennsylvania-Universität ein Referat über das Thema „Das Gesetz und der jüdische Staat".

Jacob de Haas verlas hierauf die Programmpunkte der zukünftigen Ordnung in Palästina, die den Delegierten zur Annahme empfohlen wurden:

1. Politische und bürgerliche Gleichberechtigung für alle;
2. die Nationalisierung des Bodens und der natürlichen Reichtümer des Landes für das Gesamtwohl;
3. das Verbot der Boden-Spekulation;
4. die Durchführung des Prinzips des kooperativen Eigentums in sämtlichen Unternehmungen;
5. freie Bildungs-Möglichkeiten auf sämtlichen Bildungs- und Erziehungsgebieten;
6. Anerkennung des Hebräischen als die nationale Sprache.

Der Konferenz lag ferner ein Vorschlag der American Zionist Federation vor, eine jüdische Arbeiterarmee zu bilden, mit der Aufgabe, den Wiederaufbau der jüdischen Siedlung in Palästina hinter der englischen Front so bald als möglich in Angriff zu nehmen.

Am Schluß der Sitzung erschien der englische Botschafter in Washington, der Earl of Reading (Sir Rufus Isaacs), der der Konferenz namens seiner Regierung die besten Wünsche überbrachte. Als der Gesandte Palästina mit „Euer Land" be-

zeichnete, erhoben sich die Delegierten und die Gäste zu einer ungewöhnlich begeisterten Kundgebung. Der Gesandte besprach ausführlich die großen Möglichkeiten, die für das jüdische Volk in Palästina vorhanden sind. Er zweifle nicht daran, daß das jüdische Wissen und Können die Reichtümer des palästinensischen Bodens zu neuem Leben erwecken werde und so dem jüdischen Volke in seiner alten Heimat eine glückliche Zukunft bereiten werde.

Das Referat von Dr. Schmarja Levin über die hebräische Universität in Jerusalem wurde mit großem Beifall aufgenommen. Herr de Haas teilte hierauf mit, daß ein nicht genannt sein wollender Zionist für die Universität 25 000 Dollar gespendet hat.

Es gelangte zur Verlesung ein Telegramm von Herrn Lewin-Epstein aus London. Der Schatzmeister des P.E.C. verlangte darin, daß die amerikanischen Zionisten 80 000 Aktien der Jüdischen Kolonialbank kaufen. Im Verlauf von einer Stunde sind 40 000 Aktien (á 5 Dollar) abgesetzt worden.

(Über den weiteren Verlauf der Konferenz, sowie über die angenommenen Resolutionen werden wir in der nächsten Nummer berichten.)

Der Palästina-Kongreß der jüdischen Arbeiterschaft. Das Kopenhagener Zionistische Bureau berichtet:

Am 6. Juni wurde der Kongreß eröffnet. Es war eine großartige, nationale Demonstration. Etwa 330 Delegierte, die eine viertel Million organisierter jüdischer Arbeiter vertraten, waren zur Eröffnung der Sitzung erschienen. Der Kongreß-Saal war mit jüdischen, sozialistischen und amerikanischen Fahnen geschmückt. Der Kongreß hatte eine Übereinstimmung unter der großen Zahl der Arbeiter-Vertreter zu erzielen, zum größten Teil Elemente, die bis vor kurzem der jüdisch-nationalen Politik fremd und zum Teil ablehnend gegenübergestanden haben. Es war von großer Bedeutung, daß diese Verbände, die bis vor kurzem unter dem Einfluß der Zwangspolitik eines kleinen, aber mächtigen Kreises halb-assimilierter jüdischer Arbeiterführer standen, ungeachtet der ablehnenden Beschlüsse der „Führer", dem Palästina-Kongreß fernzubleiben, sich selbständig erklärten und erschienen waren, um die Palästina-Forderungen der jüdischen Arbeiterschaft vor aller Welt zu dokumentieren.

Die folgenden Resolutionen wurden u. a. angenommen:

Der Palästina-Kongreß der jüdischen Arbeiter Amerikas proklamiert folgende Forderungen:

1. Palästina soll als eine international garantierte, unabhängige, neutrale jüdische Republik erklärt werden.

2. Bis zu dem Zeitpunkt, wo eine jüdische Majorität der Bevölkerung im Lande sein wird, wird die Souveränität des Landes der zu gründenden Liga der Nationen, die auch das jüdische Volk einzuschließen hat, anvertraut oder einer internationalen Kommission, in der auch vom jüdischen Volk gewählte Repräsentanten vertreten sein müssen.

3. Es ist der Wille des jüdischen Arbeiter-Kongresses, daß Palästina auf Grundlage voller bürgerlicher, religiöser und politischer Freiheit und Demokratie aufgebaut werden soll, mit einer vollen lokalen Selbstverwaltung und personeller Autonomie für jede nationale Gruppe.

4. Der Palästina-Arbeiter-Kongreß spricht sich dafür aus, daß der Boden als nationales Eigentum des jüdischen Volkes proklamiert werden soll. Sämtliche natürlichen Reichtümer des Landes, die Minen, Wasserfälle, wie auch alle öffentlichen Einrichtungen, wie Verkehrsmittel, Bewässerungsanlagen und andere sollen dem Volke gehören, von ihm aufgebaut, kontrolliert und betrieben werden.

5. Es soll ein Minimal-Lohn festgesetzt werden für sämtliche Arbeiter, sowohl in öffentlichen, wie in privaten Unternehmungen. Es soll eine Kredit-Möglichkeit geschaffen werden für landwirtschaftliche oder industrielle Verbrauchs-Kooperativen und dergleichen.

6. Es ist der Wille des ersten jüdischen Palästina-Arbeiter-Kongresses, daß so schnell als möglich ein allweltlicher jüdischer Kongreß einberufen werden soll. Dem Kongreß soll die Aufbau-Arbeit in Palästina mit allen damit verbundenen Rechten übertragen werden.

7. Es ist der Wille des Palästina-Arbeiter-Kongresses, daß die jüdische Arbeiterschaft jetzt schon auf den Prozeß des Wiederaufbaues des Landes Einfluß gewinnen soll, damit die Arbeit in Übereinstimmung mit den Prinzipien des Arbeiter-Kongresses vor sich gehe. Die zu wählende Exekutive des Arbeiter-Kongresses ist bevollmächtigt, in diesem Sinne zu handeln. Die Exekutive wird ferner beauftragt, Pläne auszuarbeiten betreffend die Finanz-Institute für Kooperativ-Gesellschaften, agrarische und industrielle Unternehmungen zum Zwecke der Unterbreitung vor dem kommenden Kongreß.

Feuilleton

Jiskor.*)

Seine letzten Lebenstage verbrachte Chaskel in Merchawja, wo er sich an der Bearbeitung des neuen Bodens beteiligte. Einmal fuhr er mit einem anderen Kameraden zusammen auf einem mit Mauleseln bespannten Wagen nach Jemma. Der Weg führt an dem arabischen Dorf Sarona vorbei, das auf einem Berg liegt. Von da führt der Weg in die Kolonie hinunter und windet sich zickzackförmig wie eine Schlange an der Seite des Berges hin. Eine steile senkrechte Felsenwand erhebt sich an der einen Seite, an der anderen lauert ein tiefer Abgrund. Ein falscher Tritt, ein Seitensprung des Maultiers, und der Wagen mit den Passagieren stürzt in den Abgrund.

Die Räuber sahen das von dem arabischen Dorf aus. Unbemerkt stiegen sie herunter und schnitten den Weg ab. An einer Biegung des Weges sprangen sie plötzlich hervor und richteten ihre Gewehre auf Jecheskel. Die erschreckten Maultiere scheuten, hätten den Wagen fast umgeworfen und blieben auf einmal stehen. Die arabischen Banditen verlangten die Maultiere und das Gewehr.

Diese Forderung allein war für Chaskel schon eine Beleidigung. Kam es einmal vor, daß einem Kolonisten ein Stück Vieh geraubt wurde, so hatte ihm Jecheskel immer vorgeworfen: „Du lebst noch — und das Vieh ist fort! Schämen sollst du dich!"

Mit einem verachtungsvollen Fluch antwortete Chaskel auf die Forderung. Er zog seinen Revolver und befahl seinem Kameraden N., die Maultiere mit allen Kräften anzutreiben. Einen Augen-

*) Jiskor, Ein Buch des Gedenkens an gefallene Wächter und Arbeiter im Lande Israel. Mit einem Geleitwort von Martin Buber. Jüdischer Verlag, Berlin 1918.

blick lang waren die Araber von dem unerwarteten Widerstand überrascht und zogen sich zurück. In der nächsten Minute kamen sie aber zurück und fingen zu schießen an. Chaskel konnte nur ein oder zweimal antworten. Eine Kugel traf ihn gleich in den Kopf und zerschlug seinen Schädel. Er fiel augenblicklich auf den Wagen nieder. Inzwischen hatte N. mit allen Kräften die Maultiere angetrieben und bemerkte gar nicht, wie Chaskels Hand sich zwischen Wagen und Rädern verwickelte.

Wie toll rasten die Maultiere bergab nach Beth-Gan. Schon nach wenigen Minuten war der Wagen in der kleinen Kolonie. Erst jetzt dreht sich der Kamerad N. um und sah, daß Jecheskel Nissanow tot war.

* * *

Als Chaskels Mutter von dem Unglück erfuhr, ging die alte stolze kaukasische Jüdin schweigend zur Leiche ihres Sohnes. Sie jammerte und weinte nicht. Totenstille herrschte überall.

„Hat er sich an seinen Mördern gerächt?" war ihre einzige Frage.

Man erzählte ihr, Chaskel habe vor seinem Tode auf seine Mörder geschossen und einen von ihnen schwer verwundet.

Ein grelles Feuer flammte in ihren Augen auf, und ihre Lippen flüsterten leise: „Gott sei Dank."

* * *

Als wir von einem kleinen Spaziergang über die Felder vor Sonnenaufgang nach Haus kamen, breitete Meïr auf der Terrasse eine Matte aus und ging daran, auf dem schwachen Feuer eines altmodischen Spirituskochers Kaffee zuzubereiten. Im Osten stieg aus den Bergen der Morgenstern herauf. Meïr ließ ein arabisches „Ja leil" (o Nacht) ertönen, das weit über die Felder klang und sich zwischen den Bergen in der Finsternis vor Sonnenaufgang verlor. In seine schwarze Abaje (einen arabischen Mantel) gehüllt, mit dem Agal (einem wollenen Reif) und dem Kestje (einem Kopftuch) um den Kopf, saß er an die Wand gelehnt und begann sein Lied in langsamem, ruhigem, stillem Ton. Das „Ja leil" wiederholte sich nach jedem Vers und drückte alle Wunder der Nacht aus. Diesmal klangen die Verse so: „Il Kamar chisum, il Faraß sehrje, il Mara amtije", die drei Wünsche der Beduinen: „Der Mond soll dauernd scheinen am Himmel als Schmuck, die Assila munter und die Frau gehorsam sein." Jeder Wunsch hat einen besonderen Vers, der sich mit dem Refrain zu jener unaufhörlichen monotonen Weise verband, die aber vom ersten Worte des Verses bis zum letzten des Refrains an Kraft wuchs und dem Sänger und den Zuhörern mit den langhingezogenen, sich in der tiefen Stille verlierenden Tönen den Atem raubte.

* * *

Am Sabbat, den 22. Cheschwan 5674 (1913) ritt Moischke auf einem Maultier nach Milchamja, einem kranken Genossen Medizin zu bringen. Alles in allem ist es eine Stunde Wegs. Einige Stunden vergingen, es wurde schon Nacht und Moischke war noch immer nicht zurück. Man wurde noch unruhiger, als man das Maultier sah, das allein ohne Moischke nach Daganja zurückkam. Ich arbeitete damals in Kinereth, eine Viertelstunde Wegs von Daganja. Als die Leute aus Daganja kamen und erzählten, daß Moischke noch immer nicht zurück sei, beunruhigte sich niemand von uns. Wir wußten Moischke kann seinen Mann stehen. Als es schon ganz finster war, wurden aber doch alle unruhig. Wir zerstreuten uns auf allen Wegen, Moischke zu suchen. Mitternachts fanden wir ihn, tot.

In einem ungleichen Kampfe ist Moischke gefallen, aber er hat sich für sein Leben teuer bezahlen lassen.

Als er von Milchamja zurückkehrte, überfielen ihn unterwegs sechs arabische Räuber, die ihm sein Maultier wegnehmen wollten. Sie verwundeten ihn nach kurzer Zeit mit einem Gewehrschuß. Moischke fühlte sofort, daß er aus ihren Händen nicht mehr lebend davonkommen würde, aber sein Tier gibt ein jüdischer Arbeiter, solange er lebt, nicht weg. Moischke sprang von seinem Maultier herab, gab ihm einen Peitschenschlag, trieb es nach Hause und blieb allein zurück, mit den sechs Räubern zu kämpfen. Bis zur letzten Kugel hielt er gegen sie stand. Von den sechs Arabern blieben nur vier übrig, zwei fielen durch seine Kugeln.

Bekanntmachung.

Käse.

Weiteren Anträgen auf Zuteilung von rituellem Auslandskäse kann mangels Vorrat bis auf weiteres nicht mehr stattgegeben werden.

Kondensierte Milch.

Örtliche Milchkarten können nur noch bis zum 30. August d. J. gegen Bezugscheine für kondensierte Milch umgetauscht werden. — Nach diesem Zeitpunkt steht rituelle kondensierte Milch bis auf weiteres nicht mehr zur Verfügung.

Kaffee-Ersatz.

Die Herstellung des rituellen Kaffee-Ersatzes hat sich verzögert. Die Belieferung wird indessen im Laufe der nächsten Wochen durch die Kommunalverbände erfolgen.

Berlin W. 8., den 12. August 1918.
Friedrichstr. 167/168.

Kriegskommission für rituelle Lebensmittel
G. m. b. H.

Freirich.

Bekanntmachung.

An die
Vorstände der Israelitischen Gemeinden.

Betr.: **Rituelle Margarine.**

Die vorschußweise Belieferung der Gemeinden mit ritueller Margarine auf Grund von „Zuteilungsscheinen" hat sich nicht bewährt.

Die Hauptverkaufsstellen sind deshalb angewiesen, „Zuteilungsscheine" nicht mehr zu beliefern. Der Versand der „Zuteilungsscheine" ist eingestellt.

Um die Belieferung mit ritueller Margarine in der gleichen Zeit, in der die übrige Bevölkerung die entsprechenden Speisefettmengen erhält, zu ermöglichen, wird anheimgestellt, die Ortsbehörde zur möglichst frühzeitigen Beglaubigung der Bezugscheine zu veranlassen.

Berlin W. 8, den 12. August 1918.
Friedrichstr. 167/168.

Kriegskommission für rituelle Lebensmittel
G. m. b. H.

Freirich.

Aber der Kampf war zu ungleich. Niemand von uns hörte die Schüsse und kam zu Hilfe, und so fiel Moischke.

Ein Brief.

Skiwra, den 7. Teweth 5674.

Geehrte Kameraden, Gruppe von Daganja!

Ich habe Euren teuren Brief, mit Tränen und Blut geschrieben, erhalten. In ihm habe ich wahre Worte gefunden, wie sie aus liebendem Herzen kommen, von Freunden, die durch einen herzlichen Bund, der nicht zerrissen werden kann, miteinander verbunden sind.

Teure Kameraden! Was wir nicht erwarteten, ist geschehen. Ein großes Unglück ist über uns hereingebrochen, aber ich glaube, Euer Geist wird nicht sinken und Ihr werdet nicht zurückweichen — fern sei es! Im Gegenteil! Ich hoffe, das Andenken an meinen verstorbenen Sohn wird Euren Mut und Stolz noch stärken, in dem heiligen Kriege auszuhalten, bis wir unseren großen Gedanken verwirklicht haben werden, für den mein Sohn in Eurer Mitte sein Blut und Leben geopfert hat.

Brüder! Nicht nur Euch danken für Eure Teilnahme an meinem Schmerze, sondern auch trösten will ich, denn mein Schmerz ist ja auch Euer Schmerz. Hoffen wir allesamt daß das Blut unseres großen Opfers, das Blut meines Sohnes und Eures Bruders Mosche wohlgefällig aufgenommen werde, und vielleicht dies das letzte Opfer sei auf dem Altar unseres Gedankens.

Mit Zionsgruß und Trostspruch

Euer Verehrer, der hofft, Euch noch kennen zu lernen

Hersch Barski.

Gemeinden- u. Vereins-Echo

(Unsere Leser sind zur Einsendung von Mitteilungen aus Gemeinden und Vereinen und von Personalnachrichten, die in diesen Spalten gerne Aufnahme finden, höflichst eingeladen.)

Personalien.

Das Eiserne Kreuz I. Klasse wurde dem Gefreiten Teo Harburger, Sohn des Justizrats Harburger in München, verliehen. Gleichzeitig wurde er zum Unteroffizier befördert.

Der Oberrabbiner der israelitischen Kultusgemeinde in Wien, Dr. Güdemann, ist gestorben.

Jüdischer National-Fonds. Zahlungen sind zu richten an Elisabeth Mahler, München, Postscheckkonto Nr. 10121.

Nationalfondsspenden. Berichtigung. In Nr. 32 ist die Spende von Alf. Minikes nicht anläßlich der Verlobung sondern der Vermählung seiner Schwester. — Die Spende im Ernst Elijahu Goitein-Fonds beträgt nicht 2 sondern 3 Mk.

Verein Bne-Jehuda. Voranzeige! Dienstag, den 27. August, findet ein Vortrag von Dr. J. Schönemann über „Das nationale Judentum und der Weltkrieg" statt.

Blau-Weiß, Bund für jüdisches Jugendwandern. 18. August. Mädels: 1. und 2. Gruppe: Tölz-Blomberg. 6.30 Uhr Isartalbahnhof. ca. 3 Mk. 3. u. 4. Gruppe: Planegg—Wörthsee. 6.20 Uhr Starnbergerbahnhof. 1 Mk. Buben: 1. und 2. Zug: Großhesselohe—Straßlach. 7.40 Uhr Isartalbahnhof. 40 Pfg. 3. und 4. Zug: Buchsee. 6 Uhr Starnbergerbahnhof. 1.20 Mk.

Jüdischer Turn- und Sport-Verein. Für Mädchen und Knaben finden jeden Dienstag und Donnerstag von 5—7 Uhr am Grünwalderplatz Spielnachmittage statt. Es müssen alle erscheinen, die darauf reflektieren an den Wettspielen im September teilnehmen zu dürfen. Der Turnrat.

BY Verantwortlich für die Redaktion: Helene Hanna Cohn, Heppenheim a. d. B.; für den Anzeigenteil: H. W. Stöhr, München.
Druck und Verlag: B. Heller, Buchdruckerei, München, Herzog Maxstraße 4.